

Datum: 27.10.2018  
 Medium: Landshuter Zeitung (LZ)  
 Autor: N. N.

© 2018 LZzeitung – Vervielfältigung oder kommerzielle Nutzung ohne vorherige Rücksprache ist verboten.

## „Fortwährender Stillstand“

Grüne bringen Entlassung der Testamentsvollstrecker von Koenig ins Spiel

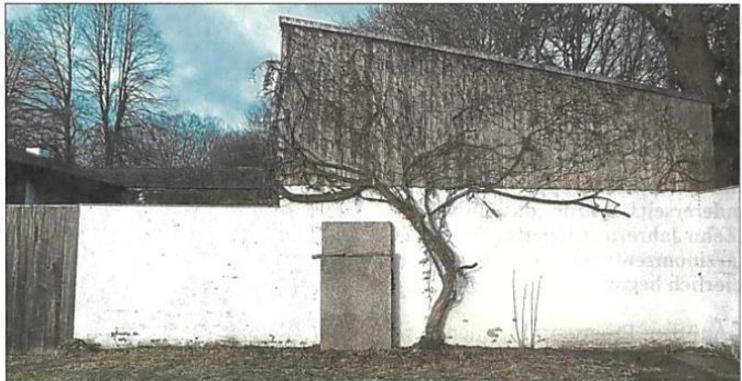
Achtzehn Monate nach dem Tod des Bildhauers Fritz Koenig nimmt die Stadtratsfraktion der Grünen sowohl die Testamentsvollstrecker, als auch Oberbürgermeister Alexander Putz, der auch Vorsitzender der Koenig-Stiftung ist, in die Pflicht, was die Zukunft von Koenigs Anwesen Ganslberg betrifft. Bisher nämlich sei, so heißt es in einer entsprechenden Mitteilung, „nicht ansatzweise abzusehen“, was aus Ganslberg werden soll.

Der Grünen-Fraktion fehle jedes Verständnis für diesen „fortwährenden Stillstand“. In der Verantwortung sieht sie vornehmlich die beiden Testamentsvollstrecker Reinhold Baumstark und Reinhard Sax. Bei ihnen liege die alleinige rechtliche Verfügungsmacht über den Nachlass. Sie hätten damit auch über das weitere Schicksal des Anwesens Ganslberg zu entscheiden.

### „Testamentsvollstrecker schaden der Stadt“

Die Grünen-Fraktion könne nicht erkennen, dass sie dafür schon in irgendeiner Weise tätig geworden wären. „Mit ihrer Untätigkeit schaden sie sehr nachhaltig auch dem Ansehen der Stadt Landshut, weil Außenstehende in dem Geflecht Testamentsvollstreckung-Stiftung-Stadt der Durchblick fehlt.“ Die Kritik von Außen zielt daher stets auf die Stadt (Tenor: Wie geht Landshut mit Koenigs Erbe um!).

„Wenn die Testamentsvollstrecker sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen fühlen, sollten sie ihr Amt niederlegen“, heißt es in der Mitteilung. „Tun sie dies nicht und verharren weiter in ihrer Untätigkeit, wird die Stiftung als Erbe zu prüfen haben, ob darin eine schwere



Das Koenig-Anwesen in Ganslberg bei Altdorf

Foto: LZ-Archiv/cv

Pflichtverletzung liegt, sodass sie die Entlassung der Testamentsvollstrecker bei Gericht beantragen müsste.“

Schon jetzt sieht die Grünen-Fraktion Alexander Putz ebenfalls in der Verantwortung in seiner Doppelfunktion als Oberbürgermeister und als Vorsitzender des Stiftungsvorstands: „Ob gemeinsam mit den Testamentsvollstreckern oder notfalls ohne sie. Er muss in diesem Fall die Initiative ergreifen, um weiteren Schaden für das Ansehen der Stadt Landshut wie für den Bestand des Anwesens Ganslberg abzuwenden. Die gewünschte Lösung wird der Stiftung und der Stadt nicht ohne eigenes Zutun in den Schoß fallen.“

Sollte der Ganslberg als Wohn- und Wirkungsort des verstorbenen Künstlers erhalten werden oder zu einem Ort künstlerisch-kultureller Aktivitäten umgewandelt werden, wie dies von vielen Seiten gefordert werde, bewege man sich in finanziellen Dimensionen, die die Möglichkeiten der Stiftung wie auch der Stadt bei weitem übersteigen würden. „Diese Aufgabe kann nur der Freistaat Bayern oder eine andere

öffentliche Körperschaft übernehmen.“

### Studentenarbeiten zeigen reicht nicht

Einen solchen Träger zu finden, müsse von Landshut her versucht werden. Die Vorstellung der Studentenarbeiten der TU München in Landshut, die für das erste Quartal 2019 geplant sei, sei dabei nicht abzuwarten, da diese Vorstellung der Arbeiten auf die grundlegenden Entscheidungsprozesse der in Betracht kommenden Träger keinen Einfluss haben werde.

Gemeinsam mit der „interessierten Öffentlichkeit in Landshut und weit darüber hinaus“ erwarte die Grünen-Fraktion, dass die Verantwortlichen endlich tätig werden „und wenigstens den Versuch unternehmen, die Aufmerksamkeit und ein erstes Interesse der Staatsregierung und sonstiger in Betracht kommender Institutionen für das Projekt Ganslberg zu wecken“. An Bundesgenossen werde es ihnen dabei nicht fehlen. Die Möglichkeit des Scheiterns müsse in Kauf genommen werden.